Morgenausgabe 20 Pf.

Erscheint täglich zweimal, morgens und abends, an Sonn- u. Feiertagen und dem darauffolgenden Werktage einmal. Bezug: monatlich 6.— M. frei Haus, abgeholt 5.50 M., durch die Post abgeholt monatlich 5,60 M., vierteljährlich 16,80 M.; im abgetretenen Gebiet monatl. frei Haus 18,— abgeholt 16,50 poln. M.; durch die Post abgeholt monatl. 16,80, vierteljährl. 50,40 poln. M. Vertretungen an allen größeren Plätzen. Postscheckkonto: Danzig 816 und Stettin 6114.

Danziger Zeitung

Dienstag, 13. Juli 1920

Geschäftsstelle: Ketterhagergasse 3—5

63. Jahrgang Nr. 323

Im abgetretenen Gebiet 60 Pf.

Anzeigen: Die Kolonelzeile im Anzeigenteil 1,50 M., im Reklameteil 4,25 M., mit Vorschrift am erster Stelle 5.— M., auswärts 2.— M. für Anzeigen, 5.— bzw. 6.— M. für Reklamen. Orts- und kleine Anzeigen nach Tarif. Platz- und Tagvorschriften ohne Gewähr. Fernsprecher 3016, 3016, 3017. Drahtadresse: Kafemann Danzig. Verantwortlich für d. Redaktion A. Bertling; Anzeigen V. Beyer. Druck u. Verlag: A. W. Kafemann, G.m.b.H., Danzig.

Der Tag der deutschen Ostmark.

Nach der Schlacht.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Marienwerder, 12. Juli.

Marienwerder zeigte heute vormittag das Bild einer vollkommen ruhigen Stadt, in der die Bürger friedlich ihrer Arbeit nachgingen. In den Straßen sieht man noch kleinere und größere Trupps von Abstimmungsberechtigten, in Lastautomobilen werden die Heimkehrer aus den Landquartieren in die Stadt zum Bahnhof befördert, um dann die Heimfahrt anzutreten. Der deutsche Reichsbevollmächtigte für das westpreußische Abstimmungsgebiet, Graf von Baudissin, empfing heute nachmittag die in Marienwerder versammelten deutschen Pressevertreter und sprach seine große Freude über den deutschen Sieg aus. Von den 450 000 Abstimmungsberechtigten in Ost- und Westpreußen hätten sich nur 15 000 für Polen ausgesprochen, das seien ganze drei Prozent der Bevölkerung. Graf v. Baudissin führte dann weiter aus:

„Wie ist es möglich gewesen, daß man überhaupt auf den Gedanken kam, eine derartig deutsch zusammengesetzte Bevölkerung vor die Frage der Abstimmung zu stellen. Es kann dies nur auf falschen Informationen beruhen, denn eine Zusammensetzung der Nationalitäten wie im deutschen Osten ist bei 3 Prozent Polen ein unerheblicher Prozentsatz.

Der Sieg ist glänzend gewesen. Was außerordentlich erfreulich ist, ist die Tatsache, daß der ganze Kampf vor der Abstimmung und gestern sich in einer Weise vollzogen hat, die unseres hochkultivierten Volkes würdig gewesen ist. Es ist absolut nichts passiert, und das ist ein Zeichen hoher Kultur eines Volkes, das derartig national gereizt worden ist. Eingelaufene alarmierende Nachrichten haben sich fast alle als stark übertrieben oder überhaupt als unsinnige Gerüchte erwiesen. Es sind allerdings in Deutsch-Eylau 50 bewaffnete Polen eingedrungen und verhaftet worden, weitere 100 über die Grenze gekommene Leute konnten entwaffnet und zurückgeschickt werden. Nachrichten von einer Durchbrechung unserer Grenzen bei Niederzehren stellten sich als nicht berechtigt heraus. Von militärischen Operationen gegen uns ist nicht die Rede, wir glauben auch nicht, daß die polnische Armee zur Zeit dazu imstande wäre, da sie an der Front stark in Anspruch genommen ist.

Der Sieg ist nicht nur durch die erreichten Zahlen wichtig, er ist auch deshalb erfreulich, weil die wenigen Ortschaften, die überwiegend polnisch gestimmt haben, in einer Zone liegen, die für uns günstig ist. Das östliche Weichselufer hat überwiegend deutsch gestimmt, selbst Johannesdorf, für das man deutscherseits bangte, hat sich zum Deutschtum bekannt, und die ganze Weichselniederung hat sich ohne Ausnahme energisch für Deutschland entschieden. Erfreulich ist weiter, daß sich auch gefährdete Gemeinden an unserer Südgrenze ebenfalls für Deutschland ausgesprochen haben, und zwar so kraftvoll, daß keine Macht der Erde imstande sein wird, an dieser Volksabstimmung vorüberzugehen. Ich glaube, daß wir allen Grund haben, auf diese Abstimmung befriedigt zurückzublicken. Wir wollen aber allen denen danken, die sich an diesem Werke in der Vorbereitung und in der Durchführung beteiligt haben. Das sind der Deutsche Ausschuß, der Heimatdienst, der Schutzbund und viele andere Organisationen, das ist die gesamte deutsche Bevölkerung des Abstimmungsgebietes und alle die Brüder und Schwestern, die aus dem Reiche gekommen sind und keine Mühe gescheut haben, um uns in dem schweren Kampfe zu helfen. Meinen Dank möchte ich auch von Herzen aufrichtig und warm den Vertretern der deutschen Presse für ihre treue Hilfe in diesen schweren Wochen aussprechen, auch ihnen für ihr Interesse und ihre Hilfe in den letzten schweren Tagen. Sie haben uns durch ihre Artikel im Reiche wacker geholfen, und so sind sie mitbeteiligt an dem schönen Erfolge.

Wenn wir mit Dank zurückblicken auf das, was hinter uns liegt, müssen wir aber auch einen Blick in die Zukunft werfen, denn mit der Abstimmung ist der Kampf leider noch nicht zu Ende. Noch ist dieses Land nicht an Deutschland zurückgegeben, die endgültige Entscheidung fällt der Oberste Rat in Paris, dem der Bericht der interalliierten Kommissionen in Marienwerder und Allenstein vorgelegt wird. Es ist klar, daß die Polen in dem weiteren Kampfe, der für sie so aussichtslos ist, nunmehr andere Mittel versuchen und Gesichtspunkte heranziehen werden, die eventuell das Abstimmungsergebnis abschwächen könnten. Es gibt eine ganze Reihe solcher Punkte, die Polen sind auch schon an der Arbeit. Wir sind aber auch nicht müßig gewesen, wir haben eine Denkschrift ausgearbeitet und der Interalliierten Kommission überreicht, in der der deutschen Auffassung in gründlicher Weise Ausdruck verliehen wird. Unsere Regierung hat alles getan, daß man hier und in Paris über die wahre Lage unterrichtet ist. Es kommt nun darauf an, daß wir jetzt nicht auf den Lorbeeren ausruhen, wir müssen den Sieg in richtiger Weise auswerten und Sie müssen in Ihren Berichten alle die Momente hervorheben, die für uns uneingeschränkt sprechen, damit dies schöne Land hier dem Deutschen Reiche zurückgegeben wird. Das wird ein Kampf sein, nicht ganz leicht, aber der Widerstand hat ja auch Eigenschaften, die anreizend wirken können. Die Arbeit, die hier geleistet wird, ist wohl des Schweißes der Edlen wert. Wenn wir alle auf dem Posten sind, bin ich überzeugt, daß die endgültige Entscheidung zu unseren Gunsten ausfallen muß.

Es liegt eine Zeit schwerer Spannung hinter uns, eine Zeit schwerer Sorge um unser Schicksal. Diese Spannung ist zwar nun von uns gewichen und hat einer frohen Zuversicht auf die endgültige Erlösung Raum gegeben. Wir sind darüber von ganzem Herzen froh und hoffen, wenn die Endentscheidung zu unseren Gunsten ausgefallen ist, daß man sich unserer auch trotz der Trennung durch den Korridor in hilfreicher Weise annehmen und über den Korridor, solange er besteht, hinweg uns die Hand reicht zu gemeinsamer Arbeit für unser liebes deutsches Vaterland."

Das amtliche Abstimmungsergebnis für Westpreußen.

W. T. B. **Berlin, 12. Juli.**

Nach dem amtlichen Ergebnis wurden in Westpreußen für Deutschland 96 889 Stimmen, für Polen 7977, zusammen 104 866 Stimmen abgegeben. Für Deutschland stimmten 92,4 Prozent, für Polen 7,6 Prozent.

•

Aus dem ostpreußischen Abstimmungsgebiet liegen folgende Zahlen auf Grund amtlicher Feststellungen vor: Allenstein Stadt 16 742 deutsche Stimmen, 342 polnische Stimmen, Allenstein Land 30 444 deutsche, 4423 polnische, Johannisburg 33 627 deutsche, 14 polnische, Neidenburg 22 196 deutsche, 320 polnische, Lötzen 29 626 deutsche, 9 polnische, Lyck 35 574 deutsche, 32 polnische, Ortelsburg 43 999 deutsche, 5449 polnische, Osterode 46 108 deutsche, 1030 polnische, Rössel 33 227 deutsche, 757 polnische, Sensburg 34 064 deutsche, 25 polnische, Oletzko 28 649 deutsche, 2 polnische.

Deutsch 353 655 = 97,9 Prozent, polnisch 7409 = 2,1 Prozent.

1652 Gemeinden stimmten deutsch, 9 Gemeinden polnisch. Es fehlen von 63 Gemeinden noch die Zahlen, die erst im Laufe des Tages eingehen können.

•

Als Abstimmungskuriosum ist zu verzeichnen, daß in Allenstein-Land eine Stimme für England, eine andere für Sowjetrußland abgegeben worden ist.

Der Eindruck in den abgetretenen Gebieten.

Nachrichtendienst der Danziger Zeitung.

Marienwerder, 12. Juli.

Nach der letzten preußischen Statistik wurde angegeben, daß die Zahl der Polen im Kreise Stuhm 44 Prozent betrug. Heute haben höchstens 20 Prozent für Polen gestimmt. Der Erfolg der deutschen Abstimmung hat auf die Bevölkerung der abgetretenen Gebiete einen tiefen Eindruck gemacht.

Aus verschiedenen Städten der abgetretenen Gebiete sind Abgesandte hier erschienen, die dringend eine Volksabstimmung für Pommerellen fordern. Es hat sich bei den Gestellungsbefehlen gezeigt, daß fast 90 Prozent der dortigen Bewohner für Deutschland optiert haben, oder optieren wollen. Unter diesen befinden sich die deutschen Beamten und Kaufleute.

Volkskundgebungen nach der Abstimmung.

Nachrichtendienst der Danziger Zeitung.

Marienwerder, 12. Juli.

Heute mittag fand auf dem Rathausplatz eine überwältigende Kundgebung statt. Die nach Tausenden zählende Menge stimmte patriotische und geistliche Lieder an. Gewerkschaftssekretär Buchecker hielt vor dem Rathaus eine Ansprache. Die Menge begab sich darauf vor das polnische Kasino, wo sie die Einziehung der polnischen Fahne forderte. Man befürchtete Ausschreitungen, und der Sozialistenführer der Arbeitsgemeinschaft, Loewelt, versuchte vom Automobil aus die erregte Menge mit einer Ansprache zu beruhigen. Ein italienischer Offizier, der offenbar den Sinn der Rede nicht verstand, verhaftete Loewelt, gab ihn aber bald nach seiner Aufklärung wieder frei. Die polnische Fahne weht noch immer auf dem Kasino. Es ist aber zu erwarten, daß sie, um weitere ernsthafte Unruhen der Bevölkerung zu vermeiden, eingezogen wird.

Der Reichskanzler an die deutschen Ostmarken.

W. T. B. **Berlin, 12. Juli.**

Der Reichskanzler sandte aus Spaa nachstehendes Telegramm an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen:

„Das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen ist ein heller Lichtblick in schwerer, ernster Zeit. Deutsche Treue konnte sich in diesen Tagen nicht schöner und überzeugender erweisen. Ich bitte Sie, der Bevölkerung der preußischen Ostmark, die in erhebender Weise für das alte Vaterland Zeugnis abgelegt hat, den herzlichsten Dank der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. Fehrenbach."

Der Rückstrom der Abstimmenden.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Marienwerder, 12. Juli.

Das glänzende Abstimmungsergebnis wurde in Marienwerder von der Bevölkerung mit großer Begeisterung aufgenommen. Das Deutsche Haus war bis in die frühen Morgenstunden von einer großen Menschenmenge umlagert, die mit Spannung die einzelnen Ergebnisse aufnahm. Extrablätter der hiesigen Presse brachten die Kunde von dem deutschen Siege in jedes Haus.

Am heutigen Montag hat der Abtransport der westpreußischen Abstimmungsberechtigten aus dem Reich in vollem Umfange eingesetzt. Die deutschen Behörden haben angeordnet, daß die Abstimmungsberechtigten auf dem gleichen Wege in die Heimat befördert werden, wie sie gekommen sind, das heißt, mit geschlossenen Sonderzügen durch den polnischen Korridor und per Schiff über Königsberg, Pillau und Swinemünde. Die ersten Dampfer haben die westpreußische Heimat bereits heute früh verlassen. Auch von Königsberg aus hat der Abtransport heute morgen begonnen.

Der deutsche Schutzbund teilt mit: Der erste Sonderzug, der die Ost- und Westpreußen von der Volksabstimmung zurückbringt, trifft am Nachmittag des 13. Juli, 1.20 Uhr, auf dem Schlesischen Bahnhof ein und wird hier feierlich empfangen werden. Der deutsche Schutzbund bittet, den an ihren Wohnsitz heimkehrenden Ost- und Westpreußen, die keine Mühen und Lasten gescheut haben, den überwältigenden Sieg im deutschen Osten erringen zu wollen, überall auf der Durchfahrt beim Empfang am Ziel ihrer Reise den Willkomm zu bereiten, auf den der heimkehrende Sieger einen Anspruch hat.

Verlängerung der Konferenz von Spaa.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Spaa, 12. Juli.

Havas und Reuter melden: Heute vormittag sind in Kreisen der Konferenz neue beunruhigende Nachrichten über die militärische Lage in Polen eingetroffen. Es sind Besprechungen über diese Frage zwischen den alliierten Vertretern anberaumt worden.

Der heutige Tag brachte trotz des Fortbestehens der bisherigen Gegensätze, namentlich in der Kohlenfrage, vielfach Zeichen eines bestehenden Verständigungswillens. Das sah man äußerlich schon in den freundlichen Mienen der aus der Villa Fraineuse kommenden Delegierten, und auch die Berichte über die Sitzung selber, bestätigten diesen Willen zu einer Einigung. Zunächst erfuhr man: die Konferenz wird sich über das vorgesehene Datum hinaus ausdehnen. Herr Millerand wird nicht, wie beabsichtigt, am 14. Juli nach Paris abreisen, sondern noch in Spaa bleiben. Man rechnet mit einer Verlängerung der Konferenzdauer bis mindestens Ende dieser Woche. Wie der Korrespondent des „Temps" aus Spaa berichtet, soll dort bei der heutigen Beratung der alliierte Vertreter Lloyd-George lebhaft darauf bestanden haben, daß man die Aufgabe bis zu Ende durchführe. Unter diesen Umständen werde die Konferenz noch die ganze Woche dauern.

Sonderbesprechungen über die Kohlenfrage.

Allgemeiner Wunsch nach Besserung der Atmosphäre.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Spaa, 12. Juli.

Nach dem Ausfall der Konferenz am vormittag, wurden die deutschen Delegierten eingeladen, sich an einer Besprechung im engsten Kreise zu beteiligen. An dieser Besprechung nahmen nur die Führer und die wichtigsten Teilnehmer der Delegation, ferner auch einige Kohlensachverständige teil, so u. a. Fehrenbach, Simons, Millerand, der französische Finanzminister Marsal, Worthington, Evans, Graf Scorza und der japanische Botschafter Chinda.

Die Konferenz dauerte etwa eine Stunde und beschäftigte sich mit der Kohlenfrage. Sie wird, wie man erfährt, am Dienstag fortgesetzt. In der Konferenz erklärten sich die Alliierten zu einem kleinen Zugeständnis bereit und schlugen vor, daß Deutschland probeweise für die nächsten sechs Monate je zwei Millionen Tonnen, verlangt waren zunächst 2,4 Millionen Tonnen, liefern solle. Nach Rücksprache mit den deutschen Kohlensachverständigen äußerte Minister Simons, daß dieses Quantum derzeit nicht aufgebraucht werden kann, zumal bei den jetzigen äußerst schlechten Ernährungsverhältnissen der Arbeiter eine Steigerung der Produktion unmöglich sei, vielmehr mit einer Verlängerung gerechnet werden müsse.

Der deutsche Gegenvorschlag lautete: Für den Fall, daß die Alliierten sofort die notwendigen Lebensmittelzufuhren zusichern, sei Deutschland bereit, vorläufig vier Millionen Tonnen monatlich zu liefern und diese Lieferung weiter zu steigern, wenn es gelänge bis Ende dieses Jahres die Siedelungsverhältnisse im Ruhrgebiet zu verbessern. In diesem Falle könnte vom nächsten Jahre ab 1,8 Millionen Tonnen monatlich geliefert werden. Die Alliierten fanden diesen Gegenvorschlag ungenügend, doch bewegte sich die weitere Diskussion in sehr freundlichen Formen. Lloyd-George trat gleich anfangs dafür ein, daß man doch womöglich zur Verbesserung der Atmosphäre beitragen müsse. Auch die Aeußerungen des Ministers Simons waren ruhig und sehr vernünftig gehalten.

Die deutschen Arbeiter fürchten den Stillstand ihrer Industrie, wenn allzu große Kohlenmengen dem deutschen Verbrauch entzogen würden. Die deutschen Delegierten seien gern bereit, das ihrige zur Verbesserung der Atmosphäre beizutragen, nur möchten die Alliierten ihrerseits das System des Diktierens endlich aufgeben. Wenn eine Einigung über die Kohlenfrage im Augenblick nicht möglich sei, so schlage er vor, die Wiedergutmachungskommission weiter mit der Festsetzung der notwendigen Kohlenmengen zu beauftragen und es ihr zu überlassen, auf eigene Verantwortung die Quantitäten in Deutschland zu beschaffen.

Herr Millerand und Lloyd-George ermahnten die deutschen Delegierten in freundlicher Form, das Problem noch einmal zu überlegen. Simons erwiderte darauf, er sei gern dazu bereit, könne aber eine weitere Antwort erst morgen geben. Er deutete an, daß er das Bedürfnis der Alliierten nach einer Festsetzung der Höhe der Kohlenlieferungen verstehe, zumal diese Quantitäten auch als Unterlagen für eine Finanztransaktion dienen können.

Die Konferenz beschloß, morgen früh je einen einzigen Kohlensachverständigen von deutscher, französischer, belgischer und englischer Seite zu einer Besprechung zusammentreten zu lassen.

Danzig und Polen.

Von

Dr. Otto Loening.

Am Freitag hat der Vertreter der polnischen Fraktion in dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Verfassunggebenden Versammlung die Erklärung abgegeben, daß seine Fraktion die weitere Mitarbeit an dem Uebereinkommen mit Polen ablehnt. Motiviert wird diese Erklärung damit, daß sämtliche deutsche Parteien fast unverändert die Anträge des Staatsrates angenommen haben, die zu dem Friedensvertrage in ausgesprochenem Gegensatze ständen, und daß die Ausführungen des polnischen Vertreters in dem Ausschusse in keinem einzigen Falle Beachtung gefunden haben und majorisiert worden sind. Ganz abgesehen davon, daß nach dem gleichfalls veröffentlichten Beschluß der Unabhängigen sozialistischen Partei diese Fraktion jedenfalls nicht für alle Staatsratsanträge gestimmt haben kann, berührt die Erklärung der polnischen Fraktion doch etwas merkwürdig. Was aus dem polnischen Entwurf des Danzig-polnischen Vertrages bekannt geworden ist, läßt nicht gerade den Schluß zu, daß sich die polnische Regierung auf den Boden des Friedensvertrages von Versailles in ihrem Entwurf gestellt hat. Daß Polen das Recht hätte, im Danziger Gebiet Militär- und Seestreitkräfte zu unterhalten, daß der oberste polnische Gerichtshof auch das oberste Gericht Danzigs sein soll, daß Polen das Recht haben sollte, in ein gerichtliches Verfahren in Danzig einzugreifen, daß Danzig die polnische Währung annehmen müßte, daß gegebenen Falles sogar ein polnischer Gerichtshof in Danzig tätig sein könnte, davon findet man auch nicht irgend einen Anklang in dem ganzen Friedensvertrag. Ja, nicht nur das, sondern der Artikel 57 des polnischen Entwurfes widerspricht sogar dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages in Artikel 103 Absatz 2. Nach letzterem hat der Oberkommissar des Völkerbundes die erstinstanzliche Entscheidung aller zwischen Danzig und Polen entstehenden Streitigkeiten. Der polnische Entwurf dagegen sieht für Meinungsverschiedenheiten ein besonderes Schiedsgericht vor. Man kann also wirklich nicht sagen, daß der polnische Entwurf — es sind nur einige wenige Punkte herausgegriffen — auf dem Versailler Friedensvertrage fußt, daß er „auf der unverrückbaren Basis des Friedensvertrages" aufgebaut sei.

Interessant ist, wie man in Polen selber denkt. Es sei auf den Aufsatz „Polnische Politik Danzig gegenüber" in Nummer 180 des in Warschau erscheinenden „Kurjer Polski" vom 4. Juli 1920 hingewiesen. Selbstverständlich wird hier auch die Polonisierung Danzigs verlangt. Aber es heißt doch auch: „Ob zwei oder zehn polnische Schulen in Danzig sein werden, ob der Beamte auf der Post ein Pole oder ein Deutscher sein wird, hat auf den Verlauf des Polonisationsprozesses, der durch den ökonomischen Kontakt zwischen Polen und Danzig hervorgerufen wird, keinen Einfluß. Im Gegenteil, die Forcierung der politischen polnischen Forderungen kann um so kräftigeren Widerstand und Mißverständnisse veranlassen." Und wenige Zeilen weiter heißt es sogar: „Aber das angewiesene Radikalmittel, die Herrschaft über Danzig zu erlangen, ist: die Freie Stadt in ihren heutigen Bestrebungen nach politischer Unabhängigkeit zu unterstützen."

So denkt man in Polen selbst, während die Danziger Angehörigen polnischer Nationalität keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um die im Friedensvertrage verbürgte Selbständigkeit Danzigs zu schmälern und zu versuchen, das Danziger Gebiet als ein Teil des polnischen Staates hinzustellen.

Daß gerade das Gegenteil richtig ist, sagt die Mantelnote der Alliierten mit dürren Worten. Gerade in ihr ist der deutsche Charakter Danzigs anerkannt und ausgesprochen, daß Danzig nicht dem polnischen Staate einverleibt werden soll. Polen soll in Danzig lediglich wirtschaftliche Rechte haben, ihm soll ein Zugang zum Meere gegeben werden, damit es wirtschaftlich in seiner Entwickelung nicht gehemmt wird. Danzig gibt sich im Einverständnis mit dem Oberkommissar, nicht mit Polen, seine Verfassung. Bei dem auf Grund von Artikel 104 des Friedensvertrages abzuschließenden Abkommen mit Polen ist Danzig ebenso ein freier Vertragsteil wie Polen. Für Danzig wird in Artikel 105 eine selbständige Staatsangehörigkeit festgesetzt. Auch wird Danzig ausdrücklich als „Freie" Stadt anerkannt. Aus alle dem folgt jedenfalls, daß Polen in die inneren Verhältnisse Danzigs in keiner Weise einzugreifen berufen ist. Nur ganz bestimmte, durch den in Artikel 104 vorgesehenen Vertrag festzulegende Punkte sind es, die nach dem Friedensvertrage Polen in Danzig eingeräumt werden sollen, im übrigen aber hat sich Polen nicht um Danzig zu kümmern. Und wenn man den Artikel 104 in Zusammenhang mit der Mantelnote ins Auge faßt, so sind es lediglich wirtschaftliche Vorrechte, die Danzig den Polen wird einräumen müssen.

Alles dies ist schon wiederholt hervorgehoben, aber gerade in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß Danzig ein selbständiges Staatswesen neben dem polnischen Staate sein wird. Und wenn der Vertreter der polnischen Fraktion in dem auswärtigen Ausschuß diesen Gesichtspunkt aus den Augen gelassen und seine Anträge mehr nach den politischen Wünschen der polnischen Regierung formuliert hat, dann kann er sich nicht wundern, wenn die übrigen Parteien dagegen immer und immer wieder Front machen und einstimmig seine Anträge ablehnen. Dann darf er sich aber auch nicht wundern, wenn ein gedeihliches Zusammengehen und ein gedeihliches Zusammenarbeiten auf die Dauer nicht nützlich sein